

ANTRÄGE

1) Street-Basketball-Platz im August-Matthey-Park

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In St. Leonhard befindet sich leider kein Bezirkssportplatz. Für Kinder und Jugendliche gibt es aus diesem Grund nur beschränkte Möglichkeiten auf öffentlichen Plätzen und Parks, sich sportlich zu betätigen.

Im August-Matthey-Park, im Bereich zum angrenzenden Wallgebäude, wäre es möglich, einen kleinen Street-Basketball-Platz zu errichten.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Errichtung des im Motivenbericht dargestellten Street-Basketball-Platzes in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Ausweitung der Elternbildung; Petition an die Bundesregierung und Nationalrat

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Erziehung von Kindern ist eine der größten Herausforderungen im Leben vieler Frauen und Männer. Eltern verfügen über Erfahrungen und Kompetenzen, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Aber immer wieder gibt es Momente, in denen Mütter und Väter an ihre Grenzen stoßen oder sich fragen, wie sie ihre Kinder bestmöglich fördern können. Hierzu kommt, dass die Anforderungen an Familien in den letzten Jahrzehnten durch Veränderungen in der Berufswelt und in der Gesellschaft stark gestiegen sind.

Junge Eltern klagen zunehmend über Unsicherheiten und Informationsbedarf bezüglich der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder.

Elternbildung sollte daher möglichst früh allen Eltern nahe gebracht werden. Es gibt beispielsweise in Graz ein vielfältiges Angebot seitens der Stadt, von Vereinen, Organisationen und Pfarren, das von unserem Amt für Jugend und Familie ebenso wie vom Referat Frau-Familie-Gesellschaft der Landesregierung und dem Familienressort des Bundes empfohlen, gefördert und beworben wird.

Aktuelle Umfragen haben bestätigt, dass aber nur ein Teil der jungen Familien diese Angebote kennt und nützt. Oft finden gerade jene Eltern, die der Hilfe und Unterstützung am dringendsten bedürfen, nicht den Weg dorthin. PädagogInnen aus dem Kindergarten- und Schulbereich bestätigen ebenso wie KinderpsychologInnen die Folgen dieser Defizite und unterstützen die Überlegung, Elternbildung zu einem fixen Bestandteil des Mutter-Kind-Passes zu machen und empfehlen die Einlösung des Elternbildungsschecks bereits während der Schwangerschaft zum ersten Kind, um jungen Müttern und Vätern Elternbildung nahezubringen, bevor die ersten Probleme auftauchen.

Um bundesweit ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen, wird die Einrichtung zusätzlicher Elternbildungsstellen notwendig sein. Dazu gehört auch die

Qualifikation von weiteren ElternbildnerInnen, insbesondere auch von Personen mit Migrationshintergrund.

Alle vom ressortzuständigen Bundesministerium qualitätszertifizierten und geförderten Elternbildungsangebote sollen in jedem Bundesland in einer handlichen Broschüre aufgelistet und mit dem Mutter-Kind-Pass überreicht werden. Die Eltern können auswählen, welches Angebot sie annehmen. Der Elternbildungsscheck soll sicherstellen, dass allen Eltern ermöglicht wird, zumindest einmal in Kontakt mit einer Elternbildungseinrichtung zu kommen. Dies sollte genauso selbstverständlich sein wie der Erste-Hilfe-Kurs vor dem Führerschein und zusätzlich als wertvolle Präventionsmaßnahme dienen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Die Österreichische Bundesregierung und der Nationalrat sollen mit den im Motivenbericht angeführten Argumenten in einer Petition aufgefordert werden, die Mutter-Kind-Pass-Verordnung 2002 mit der Einführung eines Elternbildungsschecks zu ergänzen, um die Erziehungskompetenz der Eltern frühzeitig zu fördern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Einführung eines Kurzstreckentickets für den öffentlichen Nahverkehr in Graz

GR.ⁱⁿ Dipl.-Ing. **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Als Feinstaub-Hauptstadt sollte Graz eigentlich Vorbild in der Zugänglichkeit öffentlicher Verkehrsmittel sein. Stattdessen schrecken die relativ hohen Preise, die bereits für kurze Fahrten zu zahlen sind, viele Menschen von der Nutzung von Bus und Bim ab. Insbesondere Familien haben bei solchen Fahrten zum Teil höhere Kosten zu tragen, als wenn sie das Auto nutzen würden.

In anderen österreichischen Städten wie Wien und Linz sowie auch im internationalen Vergleich machen Kurzstrecken-Fahrscheine (meist für 4 – 6 Stationen Bus oder Straßenbahn), die zum halben Preis angeboten werden, die Nutzung des öffentlichen Verkehrs für schnelle innerstädtische Fahrten attraktiv.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Verkehrsreferent werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass für den öffentlichen Nahverkehr in der Stadt Graz Kurzstreckentickets zur Hälfte des Normalfahrpreises angeboten werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Keine Reduzierung beliebter Jazz-Sendungen im ORF-Radio

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit der frühen Institutionalisierung der Jazz-Ausbildung an den Vorläufern der heutigen Kunst-Universität vor vielen Jahrzehnten hat Graz einen international beachteten Meilenstein gesetzt. Durch diese Schule gingen unzählige großartige Absolventen und Absolventinnen aus Österreich, den Nachbarländern und sogar aus anderen Kontinenten.

Dass Graz als österreichische Hauptstadt des Jazz anzusehen ist, beweisen nicht nur viele Live-Auftritte der KünstlerInnen vor Ort, sondern auch wunderbare Übertragungen im Rundfunk.

Durch die nun leider vorgesehenen Beendigungen bzw. deutlichen Reduzierungen der Sendungen „Jazz at its best“ auf Radio Steiermark und der Live-Übertragungen auf Ö1 verlieren viele Jazz-Fans liebgewonnene Fixpunkte und die KünstlerInnen ein unverzichtbares Podium.

Dies sollte Graz als Ausbildungsort nicht so ohne weiteres hinnehmen, schließlich gilt die steirische Landeshauptstadt als die Jazz-Hauptstadt Österreichs und hat einen europaweiten Ruf zu verteidigen. Auch der Verflachung eines Regionalsenders sollte entgegengewirkt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz tritt an den ORF heran, mit dem Ersuchen, die bewährten Übertragungen (siehe Motivenbericht) beizubehalten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Jugendticket für Studierende der Universitäten und Fachhochschulen

GR. **Krotzer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Gemeinderatssitzung am 28. Februar d. J. wurde im Zuge der Beantwortung meiner Frage bzgl. der Fortführung des Mobilitätsschecks für Studierende auf das geplante Jugendticket verwiesen. Nun ist den Medien zu entnehmen, dass dieses für Studierende der Universitäten und Fachhochschulen gar nicht gelten soll. Mit Hauptwohnsitz in der Stadt Graz gemeldete Studierende sind, was das Preis-/Leistungsverhältnis im öffentlichen Verkehr betrifft, weit schlechter gestellt als jene in Linz (50 Euro für ein Halbjahresticket) oder Wien (75 Euro für eine Semesterkarte). Eine gewisse Erleichterung brachte und bringt der Mobilitätsscheck.

Nicht nachvollziehbar wäre es, wenn Studierende vom Jugendticket ausgeschlossen bleiben würden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen darauf hinwirken, dass das geplante Jugendticket, mit dem die Angebote des Verkehrsverbundes um 96 Euro pro Jahr genutzt werden können, auch für Studierende der Universitäten und Fachhochschulen gilt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Errichtung einer Weichenanlage am Hauptplatz – Sackgasse/Ecke Murgasse

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Während der Osterferien in der Zeit von 22. bis 29. März 2013 gibt es wegen umfangreicher Bauarbeiten im Bereich am Eisernen Tor eine Totalsperre für den gesamten Schienenverkehr. Wasser-, Kanal- und Gasleitungen werden dabei erneuert und gleichzeitig auch der Gleiskörper inklusive der Weichen am Jakominiplatz ausgetauscht. In dieser Zeit wird unter anderem ein Ersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet, einige Straßenbahnlinien werden umgeleitet bzw. kurzgeführt.

Bekannterweise wurde im Jahre 2009 die Herrengasse neu gestaltet und dabei wurden auch die Gleisanlagen für den Schienenverkehr neu adaptiert.

Während dieser Sanierung wurde am Hauptplatz für die Linien 4 und 5 eine Ersatzweiche am Eck zur Murgasse von der Sackgasse kommend errichtet, um einen reibungslosen Transport der vielen Fahrgäste zwischen Andritz und dem Hauptbahnhof zu gewährleisten. Leider wurde diese Weiche nach erfolgter Gleissanierung wieder abgebaut und in der weiteren Planung nicht mehr berücksichtigt, obwohl sie zu großen Entlastungen bei Störungen in der Herrengasse beigetragen hätte. Dabei bietet sich die Errichtung einer Weiche an dieser, für den Grazer Schienenverkehr neuralgischen, Stelle ja förmlich an.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an die Holding Graz Linien heranzutreten, um zu prüfen, ob zur Entlastung des Schienenverkehrs bei Störungen

in der Herrengasse eine rasche, unbürokratische und dringend notwendige Errichtung einer Weichenanlage im Bereich Sackgasse–Murgasse möglich wäre.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Errichtung eines Wartehauses bei der Haltestelle „Messendorfer Straße“

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Liebenauer Hauptstraße wurde die Haltestelle „Messendorfer Straße“ im Jahr 2009 als Kapphaltestelle ausgebildet. Diese Haltestelle hat einen großen Einzugsbereich und somit eine große Anzahl an Fahrgästen. Es ist daher für die wartenden Fahrgäste notwendig, ein Wartehäuschen zum Schutz gegen Regen und Wind zu errichten.

Frühere diesbezügliche Ansuchen wurden mit der Begründung abgelehnt, dass kein ausreichender Platz dafür vorhanden sei bzw. dass die Anzahl der wartenden Fahrgäste zu gering sei. Auf Grund der erfolgenden Neugestaltung der Haltestelle wurde das Platzproblem behoben und weiters ist die Anzahl der Fahrgäste auf Grund von Zuzug in neue Siedlungen weiter gestiegen - somit steht einer Errichtung eines Wartehauses nichts mehr entgegen.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, an der Haltestelle „Messendorfer Straße“ in der Liebenauer Hauptstraße ein Wartehaus zum Schutz der wartenden Fahrgäste zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Bushaltestelle Oberandritz: Entschärfung der Verkehrsproblematik

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Oberandritz befindet sich in Fahrtrichtung St. Veit im unmittelbaren Umfeld des Kreuzungsbereiches St. Veiter Straße/Stattegger Straße/Weinitzenstraße gegenüber dem Gasthaus La Botte, ehemals Gasthaus Resi, die „Bushaltestelle Oberandritz“. Der Kreuzungsbereich ist ampelgesteuert und wenn der Bus die Haltestelle anfährt, staut sich der nachkommende Verkehr bis in den Kreuzungsbereich zurück. Bei Umschaltung der Grünphase kommt es dadurch regelmäßig zu chaotischen und teils sehr gefährlichen Situationen, ehe sich dieser Stau auflöst. Daher wäre es unbedingt notwendig, die Bushaltestelle aus dem Kreuzungsbereich ca. 100 bis 200 Meter weiter in die St. Veiter Straße zu verlegen, wodurch sich auch die Möglichkeit eröffnen würde, eine breitere Bushaltestelle/Haltestellenbucht zu installieren, damit der fließende Verkehr keine Behinderung erfährt.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

gemäß Motivenbericht diese problematische Situation im Bereich der Bushaltestelle Oberandritz zu entschärfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Generelles Parkverbot in der gesamten Kahngasse

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Kahngasse – eine Tempo-30-Straße - ist eine sehr stark befahrene Verbindung zwischen der Körösisstraße und der Weinzöttlstraße/Grabenstraße. Aufgrund der geringen Straßenbreite und des ständigen Gegenverkehrs gilt für einen Großteil der Kahngasse Parkverbot. Nicht jedoch zwischen der Kahngasse Nr. 12 und der Bushaltestelle Neugasse auf der rechten Seite stadtauswärts – dieser Abschnitt wird daher vor allem von Pendlerinnen und Pendlern verparkt. Allerdings wird dadurch der fließende Verkehr bei Gegenverkehr sehr stark beeinträchtigt - speziell, wenn LKW oder Autobusse diese Engstelle passieren müssen. Verschärfend kommt hinzu, dass FußgängerInnen wegen der parkenden Autos keinen Platz am Straßenrand finden und auf die stark befahrene Straße ausweichen müssen, was immer wieder zu gefährlichen Situationen führt, zumal diese Gasse von sehr vielen SchülerInnen als Schulweg benutzt wird.

Ich stelle daher Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

gemäß Motivenbericht für die gesamte Kahngasse ein generelles Parkverbot zu erlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Einbahnregelung Krausgasse

GR. Dipl.-Ing. **Savernik** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nachdem auf dem ehemaligen Ford Reisinger-Areal eine Wohnanlage und ein Supermarkt errichtet werden, befürchten AnrainerInnen zu Recht ein stark erhöhtes Verkehrsaufkommen in diesem Bereich. Der Eggenberger Bezirksrat hatte daher bereits im Vorjahr einstimmig eine Empfehlung beschlossen, diesen Abschnitt der Krausgasse in eine Einbahn umzuwandeln, um die AnrainerInnen, vor allem aber die Kinder des Kindergartens in der Krausgasse sowie die BesucherInnen des nahen Europaparks, keiner zusätzlichen Gefährdung durch den KFZ-Verkehr auszusetzen.

Da der Bezirksrat Eggenberg bis dato keine Reaktion auf diesen Antrag erhalten hat, stelle ich nunmehr namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen werden aufgefordert, den Bezirksrat Eggenberg raschest zu informieren, ob und in welcher Form auf den im Motivenbericht angesprochenen Antrag des Bezirksrates Eggenberg zur Entschärfung der Verkehrssituation im Bereich

Krausgasse reagiert wurde, bis wann eine entsprechende Einbahnregelung zur Umsetzung gelangt bzw., falls diese Lösung nicht in Frage kommt, welche anderen Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit speziell im Umfeld des Kindergartens Krausgasse und des Europaparks vorgesehen sind.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Bildungsoffensive an Grazer Pflichtschulen zum Thema Energiesparen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Obwohl durch die häufige Thematisierung von Umweltproblemen in diversen Medien der Informationsstand der Bevölkerung in den Bereichen Umweltschutz und Energie deutlich verbessert werden konnte, lässt sich doch eine Kluft zwischen diesem Umweltbewusstsein und dem tatsächlichen Verhalten im Alltag beobachten.

Neben Warmwasser, Beleuchtung und Fernseher verwenden Kinder und Jugendliche in zunehmendem Maße andere energieverbrauchende Geräte, wie beispielsweise Mobiltelefone und Computer in jeder Form, und sind somit mehr denn je angehalten, in ihrem alltäglichen Verhalten ihren Beitrag zum Energiesparen zu leisten und Vorbilder zu sein. Es besteht daher die Notwendigkeit, ein erwünschtes Alltagsverhalten bereits im Pflichtschulalter zu forcieren, damit ein energiesparendes Verhalten zur Normalität im täglichen Leben werden kann.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der Umsetzung einer derartigen Bildungsoffensive an Grazer Pflichtschulen zu prüfen und umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Kampagne zur Sensibilisierung auf regionale Nahrungsmittel in Pflichtschulen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Thema Ernährung war unlängst über einen längeren Zeitraum nahezu täglich in allen Medien. Neben dem Pferdefleischskandal war vor allem der Lebetiertransport Gegenstand von Diskussionen. Als Antragstellerin lehne ich nicht nur die Subventionierung durch die EU, sondern den Transport von lebenden Tieren überhaupt entschieden ab.

Der Standort Graz mit seinen vielen Bauernmärkten als Schnittstelle profitiert von der örtlichen Nähe zu den steirischen Nahrungsmittelproduzenten, deren Produkte weit über die Grenzen der Steiermark für ihre erlesene Qualität bekannt sind. Somit besteht auch die einmalige Gelegenheit, den Weg der Nahrung vom Verkäufer bis zum Verbraucher nachvollziehen zu können. Nur wer weiß, was er isst, kann sich auch

qualitativ hochwertig ernähren. Eine derartige Sensibilisierung auf unsere heimischen Produkte ist daher wünschenswert.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Umsetzung einer solchen Kampagne zu prüfen und umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Aufstellung zusätzlicher Fahrscheinautomaten – Signal beim Anfahren – Halteposition der Straßenbahnen

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Vergleich mit anderen Städten fällt auf, dass es in Graz bei den öffentlichen Verkehrsmitteln noch Aufholbedarf gibt, wobei schon einige kleinere Änderungen zu einer Verbesserung führen würden.

Seit der Einführung der Fahrscheinautomaten in den Bussen und Straßenbahnen ist der Fahrscheinkauf nur mehr an diesen Geräten oder an wenigen Vorverkaufsstellen möglich. Vor allem für ältere Menschen und auch für Mütter mit Kindern ist der Kauf der Fahrkarte in Bussen oder Straßenbahnen nicht ohne die Gefahr möglich, während des Kaufvorganges durch das Anfahren des Fahrzeuges überrascht zu werden. An besonders stark frequentierten Haltestellen, wie beispielsweise am Hauptplatz, am Jakominiplatz und am Hauptbahnhof, sollten daher Fahrscheinautomaten errichtet werden, wie sie auch in den Bussen und Straßenbahnen verwendet werden. So besteht zusätzlich die Möglichkeit, Fahrscheine auch außerhalb von fahrenden und teilweise stark gefüllten Verkehrsmitteln zu kaufen, ohne dem Risiko ausgesetzt zu sein, entweder umgeworfen zu werden oder sich bis zum Automaten durchkämpfen zu müssen, was vor allem mit Kinderwägen oder Einkaufstaschen nahezu unmöglich ist.

Darüber hinaus wäre in diesem Zusammenhang auch das Abspielen eines Signaltons vor dem Anfahren eine einfache Lösung, um das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicherer zu gestalten.

Ebenfalls besteht ein Verbesserungsbedarf beim Haltevorgang der Straßenbahnen. Es gibt derzeit scheinbar keine einheitliche Regelung, welche die Halteposition der Straßenbahnen in den einzelnen Haltestellen festlegt. So kommt es vor, dass je nach Haltestelle bei der tatsächlichen Halteposition ein Spielraum von bis zu 25 Metern erreicht wird. Das bedeutet also für die sich im Wartehaus befindlichen potenziellen Fahrgäste, dass keine verlässliche Vorhersage gemacht werden kann, wo genau die Straßenbahn halten wird, und wo sich der Fahrscheinautomat relativ zum Wartehaus befinden wird. Ist die Straßenbahn schließlich in der Haltestelle zum Stillstand gekommen, so bleibt keine Zeit mehr, um den Eingang zu wählen, der dem Fahrscheinautomaten am nächsten gelegen ist. Auch dies könnte rasch und kostengünstig verbessert werden, um auf diese Weise die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel in Graz attraktiver zu gestalten.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit der Holding Graz Linien in Verbindung zu treten und die Möglichkeit einer dahingehenden Umsetzung zu prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 14) Sicherstellung einer breit angelegten BürgerInnenbeteiligung sowie der Einbindung betroffener Wirtschaftstreibender und relevanter Stakeholder vor Inangriffnahme einer (General-)Sanierung des Kaiser-Josef-Platzes**

GR. Dreisiebner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Informationen aus dem Bezirksrat St. Leonhard - sowie brandaktuell auch aus den Printmedien – lassen den Schluss zu, dass die relevanten Abteilungen im Magistrat, v.a. die Abteilungen für Verkehrsplanung und Grünraum, bereits intensiv an Planungen für die Sanierung und – aller Wahrscheinlichkeit nach – Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes arbeiten.

Selbstverständlich ist eine maßvolle und zukunftsfähige Verbesserung der gegenwärtig mit Sicherheit vorhandenen Mängel und Schäden am und um das Bauernmarktgelände zu begrüßen. Nicht ohne Sorge entnehmen wir den Medien aber auch, dass manches, wie etwa die Sanierung der Stromversorgung, bereits jetzt entschieden wird, ohne eine Gesamtentscheidung getroffen zu haben bzw. ohne die Betroffenen miteinbezogen zu haben.

Für uns steht fest, dass ohne eine frühzeitige, über mehrere Stufen begleitende und breit angelegte Beteiligung sowohl der AnwohnerInnen und der KundInnen des Bauernmarktes als auch der Wirtschaftstreibenden und der bäuerlichen ProduzentInnen weder eine Umgestaltung gelingen wird, die von den Menschen angenommen wird, noch dass Wünsche, Vorschläge und Ideen der in der Praxis vor Ort befassten Gruppen diskutiert und – falls machbar – in die Umsetzung gebracht werden.

Basierend auf diesen Motivenbericht und im Sinne der heute beschlossenen Genehmigung und finanziellen Dotierung für die Erarbeitung von Leitlinien für die BürgerInnenbeteiligung stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

A n t r a g :

1. Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Herr Stadtrat Mag. Mario Eustacchio werden aufgefordert, keine unumkehrbaren baulichen Maßnahmen bzw. sonstige Eingriffe zu setzen, die einer akkordierten Gesamtlösung für die Platz- und Umfeldsanierung vorgreifen würden (ausgenommen davon wären selbstverständlich Maßnahmen, die zur Hintanhaltung von unmittelbaren Gefahrensituationen erforderlich sind).

2. Der Gemeinderat beauftragt Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl sowie den für BürgerInnenbeteiligung zuständigen Stadtsenatsreferenten, Herrn Univ. Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung im April einen schriftlichen Vorschlag für einen breit angelegten BürgerInnenbeteiligungsprozess erarbeiten zu lassen. Dieser Vorschlag soll in Form eines schriftlichen Informationsberichtes nicht nur dem Ausschuss, sondern auch den interessierten BezirksrätInnen aus St. Leonhard vorgestellt werden

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Graz wird Obststadt

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Wiener Neustadt existiert seit einiger Zeit das sehr erfolgreiche Projekt Obststadt. Neben dem ökologischen Aspekt wie zusätzlicher Sauerstoffgewinnung im urbanen Raum ist den BetreiberInnen der Obststadt auch der soziale Aspekt wichtig. Die BewohnerInnen von Wiener Neustadt sollen freien Zugang zu Obst haben. Die Stadtpolitik steht dem Projekt sehr positiv gegenüber, jeder gesetzte Obstbaum ist von der Stadt genehmigt. 110 Bäume wurden aktuell bereits gepflanzt, sie sind auf einer fruitmap auf der Web-Site (www.obststadt.at) ersichtlich. Für 2013 lautet das Ziel, insgesamt 400 frei nutzbare Fruchtbäume gepflanzt zu haben. Mit einer Spende von 50,- € kann frau/man BaumpatIn werden, der Obstbaum wird in die fruitmap eingetragen und auf Wunsch mit einem Namensschild versehen.

Auch in Graz – ausgehend vom Institut für Architektur und Landschaft an der TU Graz – existiert ein Projekt, das städtische Obstbäume sichtbar und nutzbar macht: Fruitmap.at ist eine Plattform für eine gemeinschaftliche Erntelandschaft. Indem öffentlich nutzbare Fruchtgehölze dokumentiert und kartiert werden, wird ein Teil der für jedermann zugänglichen Ressourcen im öffentlichen Raum sichtbar. Das Aktivieren dieser Ressourcen initiiert einen neuen Zugang zu einem produktiven öffentlichen Raum. Im Weiteren soll bei diesem Projekt eine Zusammenarbeit mit der Stadt Graz gesucht werden, um weitere öffentliche Flächen für gemeinschaftlich nutzbare Fruchtgehölze zu aktivieren, aber auch in weiteren Stadtgebieten zu prüfen. In der Stadt Graz gibt es im Naschgarten Andritz, im Oeverseepark und in Wetzelsdorf öffentliche Obstpflanzungen, weitere für die Bevölkerung zugängliche Fruchtbäume und -sträucher im öffentlichen Raum wären sehr wünschenswert.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz (Grünraum- und Gewässer) möge eine verstärkte Pflanzung von Fruchtbäumen und -sträuchern im öffentlichen Grünraum, z.B. im Stadtpark, Augarten und am Schloßberg, aber auch in weiteren Stadtgebieten prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Datenschutzkonforme Website der Stadt Graz

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die offizielle Website der Stadt Graz – www.graz.at – ist in ihrer aktuellen Umsetzung aus Datenschutzsicht bedenklich. Sowohl der Einsatz von google-Analytics wie auch der Einsatz von Social-Plugins (Facebook) wird von Experten als bedenklich eingestuft. Gerade die Digital-Hauptstadt Graz sollte Verantwortung zeigen und Maßnahmen ergreifen, um diese Problematik zu lösen.

Konkret soll google-Analytics durch eine alternative Web-Analyse-Software ersetzt werden, welche keine Nutzerdaten an Dritte übermittelt, wie das bei google der Fall ist. Die Facebook-Einbindung soll durch einen Zwei-Klick-Mechanismus geschützt werden.

Diese Maßnahmen sind sehr einfach umzusetzen. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit möge diese Punkte realisieren.

Die Piraten stehen hier gerne beratend zur Seite.

Daher stelle ich im Namen der Piraten folgenden

A n t r a g :

Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz möge im Sinne des Motivenberichts folgende Maßnahmen prüfen und umsetzen:

1. Google-Analytics durch eine alternative Web-Analyse-Software ersetzen, welche keine Nutzerdaten an Dritte übermittelt,
2. die Facebook-Einbindung durch einen Zwei-Klick-Mechanismus schützen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Kamera in öffentlichen Raum Graz

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Piratenpartei ist gegen eine Videoüberwachung, da wir gegen eine pauschale Verdächtigung von Grazerinnen und Grazern im öffentlichen Raum sind. Eine pauschale Überwachung des öffentlichen Raumes beeinträchtigt nach unserer Ansicht das Recht und die Möglichkeit auf die verfassungsrechtlich garantierte Unschuldsvermutung.

Auch wissen wir, dass die Datenberge, die Kameras anhäufen, niemand mehr überblicken kann. Außerdem kam es laut einer Studie der Uni Graz durch die Installierung der Kameras am Jakominiplatz lediglich zur Verlagerung von Gewaltdelikten in die umliegenden Seitengassen.

Überwachungskameras können zwar die Viktimisierungsfurcht senken, können jedoch keinen tatsächlichen Schutz vor Verbrechen liefern. Die Verlagerung von Verbrechen weg von überwachten Plätzen in Seitengassen zeigt, dass es durch Überwachungskameras nur zu einer Symptombekämpfung auf Kosten der Privatsphäre der Bürger kommt, nicht aber zu einer nachhaltigen Lösung.

Darüber hinaus gibt es keine ausreichende Information für die Bevölkerung, wo und in welcher Form diese Überwachung stattfindet.

Die Piratenpartei spricht sich für Transparenz aber auch für den Schutz der Privatsphäre aus und sieht es als Recht der Grazerinnen und Grazern an, darüber informiert zu werden, wo die Stadt Graz Kameras aufgestellt hat.

Daher stelle ich im Namen der Piratenpartei folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, folgende Informationen zur Verfügung zu stellen:

- 1.) Wo und wie viele Kameras sind durch den Magistrat Graz installiert worden, die in irgendeiner Weise öffentlichen Raum „beobachten“?
- 2.) Wo und wie viele Kameras sind durch Unternehmen der Stadt Graz installiert worden, die in irgendeiner Weise öffentlichen Raum „beobachten“?
- 3.) Wann wurden diese Kameras angeschafft?
- 4.) Wie hoch ist die Summe der Anschaffungskosten aller installierten Kameras?
- 5.) Wie viele dieser Kameras sind kabelgebunden angeschlossen und wie viele davon per Funk?
- 6.) Welche Daten werden wie lange gespeichert?
- 7.) Welche Personen oder Institutionen haben Zugriff auf diese Daten?
- 8.) Wie hoch sind die Kosten für Wartung und Instandhaltung dieser Kameras?
- 9.) Wie haben sich diese auf die Kriminalstatistik ausgewirkt?
- 10.) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden diese Kameras angebracht?
- 11.) Welche weiteren Kamerainstallationen sind in der nächsten Zeit geplant?

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R ü s c h schließt die Sitzung des Gemeinderates um 16.30 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck StR. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüs ch

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb